

Do., 15.03.2012

## **Zeit für Familie- Bundeskabinett beschließt Achten Familienbericht**

---

Das Bundeskabinett hat am 14.03.2012 den Achten Familienbericht „Zeit für Familie“ beschlossen und dem Deutschen Bundestag vorgelegt.

„Familienpolitik“ ist für die Bundesregierung ein wichtiges Feld unserer Familienpolitik laut Bundesfamilienministerin Kristina Schröder.

„Zeit für die Familie zu haben, gehört zu den zentralen Voraussetzungen, damit Familienleben gelingen kann. Mütter und Väter sollen ihr Leben nach eigenen Vorstellungen gestalten und über ihre Zeit souverän und entsprechend ihrer Wünsche entscheiden können.“

### **Eckpunkte einer Familienzeitpolitik 2012:**

In ihrer Stellungnahme legt die Bundesregierung dar, welche Schwerpunkte sie bei der Gestaltung notwendiger Rahmenbedingungen setzt **und kurzfristig in Maßnahmen** umsetzen will.

- Flexibilisierung der Elternzeit: Die Bundesregierung sieht darin die Möglichkeit, Eltern in bis zu drei Jahren Elternzeit mehr Gestaltungsspielraum zu ermöglichen. Davon profitieren auch Eltern von Schulkindern. Ein wichtiger Schritt, um Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern, ist die Vereinfachung des Teilzeitanpruchs während der Elternzeit. Weitere Maßnahmen sind ein größeres Mitspracherecht hinsichtlich der Bestimmung der Lage der Teilzeit für Eltern in Elternzeit, die Möglichkeit der Teilnahme an Fortbildungen während der Elternzeit und eine flexiblere Übertragung der Elternzeit bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres des Kindes.
- Der Anspruch auf Großelternzeit soll weiterentwickelt werden, um das Engagement und die Beteiligung älterer Menschen zu stärken. So soll Zusammenhalt der Generationen in Familien gefördert werden.
- Die Bundesregierung erarbeitet derzeit ein Konzept für Verbesserungen bei haushaltsnahen Dienstleistungen, sowohl in der Angebots- wie auf der Nachfrageseite. Familien, insbesondere mit kleineren und mittleren Einkommen, sollen diese Dienstleistungen leicht in Anspruch nehmen können.
- Familienzeitpolitik wird entscheidend in den Kommunen gestaltet. Viele Zeitkonflikte von Familien ergeben sich daraus, dass Arbeitszeiten und Öffnungszeiten von Betreuungseinrichtungen oder Schulen häufig nicht oder nicht ausreichend aufeinander abgestimmt sind. Der Austausch und die zeitpolitische Abstimmung der zentralen Akteure einer Kommune (z.B. Schulen, Betreuungseinrichtungen, Arbeitgeber, Verkehrsbetriebe usw.) können den Familienalltag erleichtern. Die Bundesregierung wird

deshalb mit Hilfe der Initiative „ Lokale Bündnisse für Familie“ Angebote für eine kommunale Zeitpolitik erarbeiten und in modellhaften Projekten erproben.

- Der Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz, der bisher erst für Kinder ab dem dritten Lebensjahr gilt, soll erweitert werden. **Ab August 2013 soll er bereits für Kinder ab dem ersten Lebensjahr gelten.**

Weitere Informationen und Achter Familienbericht als Download:

<http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/familie,did=185012.html>